



Nr. 302. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünftiger Jahrgang. — Verlag von Eduard Krewendt.

Dienstag, den 2. Juli 1878.

Deutschland.

Berlin, 1. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Director des Ober-Bergamts zu Breslau, Bergbaupräsident Dr. Serlo, zum Ober-Bergbaupräsidenten und Ministerial-Director, den Geheimen Ober-Regierungsrath Dahmenstädt in Berlin, sowie den Superintendenenten Nitsch in Straßburg u. M. zu Mitgliedern des Reichstages für kirchliche Angelegenheiten, den Regierungsrath Ludwig von Roos in Coblenz zum Ober-Regierungsrath und Regierungs-Abtheilungs-Dirigenten und den Grundbesitzer, Oberstleutnant a. D. Richard Karl Boguslav Herwarth von Bittenfeld zum Landrat des Kreises Bergheim ernannt.

Der Oberförster von Schütz zu Nassau, im Regierungsbezirk Gumbinnen, ist auf die durch den Übertritt des bisherigen Inhabers, Oberförsters Lange, in den Präfekturstand erledigte Oberförsterstelle zu Zehdenick im Regierungsbezirk Potsdam, versetzt worden. Der Oberförster-Candidat Weise in Eberswalde ist zum Oberförster ernannt und ihm die Oberförsterstelle zu Nassau verliehen worden. Der Oberförster-Candidat Roloff in Berlin ist zum Oberförster ernannt und ihm die durch Verfehlung des Oberförsters Kolbe erledigte Oberförsterstelle zu Waren, im Regierungsbezirk Stettin, und der Oberförster-Candidat und Lieutenant im Reitenden Feldjäger-Corps Hermann Weinek zum Oberförster ernannt und ihm die durch Verfehlung des Oberförsters Heldt erledigte Oberförsterstelle zu Schleswig verliehen worden. — Dem Ober-Bergbaupräsidenten und Ministerial-Director Dr. Serlo ist die Stelle des Directors der Bergwerke, Hüttens- und Salinen-Abtheilung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten übertragen worden. — Bei dem Ministerium des Innern ist dem Geh. Kanzlei-Sekretär Carl August Cory der Charakter als Geh. Kanzlei-Superintendent beigelegt worden.

[Die Ziehung der 4. Klasse 158. Königl. preußischer Klassen-Lotterie] wird am 12. d. Monats, Morgens 8 Uhr, im Ziehungssaale des Lotteriegebäudes ihren Anfang nehmen.

Berlin, 1. Juli. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] wohnte gestern mit Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden dem Gottesdienste im Dome bei und empfing den Besuch des Landgrafen und des Prinzen Alexander von Hessen.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag um 8½ Uhr den Vortrag des Ministers des Innern, Grafen zu Eulenburg, entgegen und wohnte um 10 Uhr dem Gottesdienst in der Werderschen Kirche bei. Um 11½ Uhr empfing Se. Kaiserliche Hoheit den Prinzen Alexander von Hessen, Großherzogliche Hoheit, und hierauf Se. Königliche Hoheit den Landgrafen von Hessen. Darauf überreichte der Premier-Ventenant Strahl, Adjutant des Landgrafen von Hessen, die Orden seines verstorbenen Vaters. Später arbeitete Se. Kaiserliche Hoheit mit dem Staatsminister von Bülow.

(R. Ans.)

= Berlin, 1. Juli. [Vom Congress] Heute Nachmittag 2 Uhr setzte der Congress seine Berathungen fort. Dieselbe sollte, wie wir bereits gemeldet haben, der rumänischen Frage gewidmet sein. Der rumänische Minister wird, wie in der letzten Sitzung der griechische, die Wünsche seiner Regierung vortragen und sich dann entfernen. Es ist eine Art Exequie-Versfahren, wenn man sich so ausdrücken darf, welches der Congress in diesen Fällen beobachtet. Der Vertreter Rumäniens wird nur das Memorandum zu erläutern haben, welches sich ja bereits in den Händen des Congresses befindet. Der Umfang der Berücksichtigung, welche den Wünschen der Griechen und Rumänen zu Theil werden soll, bildet vorläufig noch den Gegenstand der Vorberatungen und der Vorarbeiten des Sonderausschusses, der unter dem Vorsitz des Fürsten Hohenlohe thätig ist und sich mit allen Fragen zu beschäftigen hat, welche im Congress selbst irgendwie zu Wettbewerben führen könnten. Dieser Ausschuss, dessen Mitglieder nach Beschaffenheit der Fragen, um welche es sich handelt, wechselnd aus den verschiedensten Bevollmächtigten zusammengesetzt wird, hat eine sehr umfangreiche und oft schwierige Thätigkeit zu entwickeln und sich in dieser Beziehung als ein ernster Hebel für die Förderung der Congress-Arbeiten erwiesen. Durchaus verschieden von diesem Ausschuss ist die Redactions-Commission, welche einerseits mit der Feststellung der Protokolle, andererseits mit der Abschlussfassung der Beschlüsse des Congresses betraut ist und welcher die schwerwiegende Aufgabe zufallen wird, den von dem Congress zu beschließenden Berliner Tractat an der Hand sämtlicher Beschlüsse zu entwerfen. — Die Ordnung der Dinge in Bosnien und der Herzegowina hat noch immer keinen Abschluß gefunden. Es sind darüber gar viele Nachrichten verbreitet worden, welche den Thatsachen nicht entsprechen. Die Meldung der für „hochfürstlich“ ausgegebenen „österreichischen Montags-Nouve“, daß die Österreicher bereits morgen in Bosnien einmarschiiren würden, ist positiv falsch. Die Sache liegt nach genauen Informationen wie folgt: Graf Andraossy hat im Congress eine sehr detaillierte Darlegung aller Schritte gegeben, die Österreich vor und während des letzten Kriegs in der orientalischen Frage gehabt hat und namentlich die Opfer beleuchtet, welche es bis jetzt bringen mußte. Es versteht sich von selbst, daß die Finanzfrage dabei nach allen Richtungen erörtert worden ist, hat doch die Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge Österreich allein bereits die Summe von 10 Mill. Gulden gefosset. Es ist anerkannt worden, daß die Einführung geordneter Verhältnisse in Bosnien und in die Herzegowina, welche Gebiete ja den Heerd der gesammten Bewegung des letzten Krieges gebildet haben, eine der ersten Bedingungen für dauernde friedliche Verhältnisse bildet und es ist dann von allen Mächten einhellig die Notwendigkeit ausgesprochen worden, daß die Türken in irgend einer Weise ihren bisherigen Widerspruch fallen lassen müssten. Die Bevollmächtigten sagten zu, sofort neue Instruktionen einzuholen, deren Eintreffen erwartet wird. Ein Mandat für Österreich zum Einmarsch in Bosnien kann nur durch Congressbeschluß ertheilt werden, dieser wiederum erfordert Einstimmigkeit. Sollte sich letztere durch aufrecht erhaltene Schwierigkeiten nicht erzielen lassen — so wird Österreich unter dem bereits zugesagten Einverständnis sämtlicher europäischer Mächte vorgehen. Damit bestätigt sich unsere frühere Mitteilung über ein noch zu erwartendes „formelles Mandat“ für Österreich. Uebrigens vergegenwärtigt sich die österreichische Regierung vollkommen die enorm schwierige Aufgabe, welche ihr bei der Organisation Bosniens und der Herzegowina auffällt, es sind auch nach dieser Richtung hin von Österreich Mitttheilungen im Congress gemacht und von den übrigen Mächten zugestanden worden. — Die Unabhängigkeit Serbiens ist vom Congress anerkannt, unter der Bedingung der Freiheit aller Glaue. Eine ähnliche Bedingung wird Rumänen jedenfalls auferlegt werden. — Die Angabe, daß der türkische General Mehemed Ali bereits seine Abreise vorbereite, ist falsch. — Lady Salisbury wird übermorgen hier eintreffen.

© Berlin, 1. Juli. [Die letzte Sitzung des Staatsministeriums. — Die Handhabung der Papaverordnung.]

Die hiesige „Montags-Zeitung“ und andere Blätter enthalten unrichtige Andeutungen über die angeblichen Gegenstände der letzten Berathungen des Staatsministeriums. Weder die Socialistenvorlage noch die Ergänzung des Strafgesetzbuches hat das Staatsministerium beschäftigt, da beide Gegenstände ihm noch nicht in ausgearbeiteter Gestalt vorliegen. Wenn nun als dritter Gegenstand sogar eine Aenderung des Wahlgesetzes genannt worden ist, so ist dies ein Gegenstand, für welchen nicht einmal vorbereitende Schritte erfolgt sind.

Wie wir erfahren, hat es sich in der letzten Staats-Ministerial-Sitzung um solche Gegenstände gehandelt, welche sich auf den nächstherrigen Stat beschränken, da der letzte Juni der Tag ist, bis zu welchem die Anmeldungen der verschiedenen Behörden dem Finanzministerium zugegangen sein sollen. Außerdem wird es sich auch um die Jurisdicitionsverträge gehandelt haben, welche bezüglich Ausführung der deutschen Gerichtsversetzung mit den thüringischen und anderen Staaten geschlossen worden sind. — Ein großer Theil der Presse hat gelegentlich der Papaverordnung lebhafte Beschwerde geführt, welche durchweg auf der Veranlassung beruht, daß es sich um die Wiederherstellung der Papaverordnung auf den Bahnhöfen handele. Dabei wurde der Regierung eindringlich zu Gewalttheit gefordert, wie nutzlos für den verfolgten Zweck eine solche Maßregel sei. Alle diese Maßregeln haben ihre thätsächliche Erledigung durch die Richtigstellung des „Staats-Anzeigers“ erhalten, wonach die neue Maßregel nur als Ergänzung des Meldepflichtigen gehandhabt werden soll. Wenn man sich erinnert, wie es nach dem Nobiling'schen Attentat die heftigsten Vorwürfe gegen die Berliner Polizeibehörde regnete, so wird man anerkennen, daß vor Allem die Möglichkeit einer wirklichen Kontrolle beim Meldepflichtigen geschafft werden müsse. Alle jene Angriffe, obgleich sie sich auf rein illusorischem Boden bewegen, sind auch nach der Erläuterung des „St.-A.“ nicht verstimmt; irrational wird die Maßregel als eine Detraktion bezeichnet, was sie ebensoviel der Form als dem Inhalt nach ist. Es handelt sich um den Gebrauch einer in dem Papagey ausdrücklich vorbehaltenen Befugniss.

[Deutschland und der Papst.] Der Telegraph hat uns den Wortlaut eines Schreibens des Kaisers vom 24. März d. J., in welchem der selbe den Papst zur Thronbesteigung beglückwünscht, ferner den eines Schreibens des Kronprinzen vom 10. Juni, welches außer dem Danke für die auf Anhieb der Attentate bewiesene Theilnahme die Beantwortung eines päpstlichen Schreibens vom 17ten April enthält, übermittelt und sind diese wichtigen Anekdoten in unserem Morgenblatte veröffentlicht worden. Der Schwerpunkt des ganzen Briefwechsels fällt in das Kronprinzipalische Schreiben vom 10. Juni. Der Papst hatte in dem Briefe vom 17. April der Hoffnung auf Erneuerung des früher bestandenen guten Einvernehmen wiederholt Ausdruck gegeben und als Mittel zur Errichtung desselben die Abänderung bestehender in Preußen gesetzlicher und verfassungsmäßiger Bestimmungen bezeichnet. Darauf erwiedert der Kronprinz: „Dem in Ihrem Schreiben vom 17. April ausgesprochenen Verlangen, der Verfassung und die Gesetze Preußens nach den Sätzen der römisch-katholischen Kirche abzuändern, wird kein preußischer Monarch entsprechen, weil die Unabhängigkeit der Monarchie, deren Wahrung Mir gegenwärtig als ein Erbe Meiner Väter und als eine Pflicht gegen Mein Land obliegt, eine Minderung erleiden würde, wenn die freie Bewegung ihrer Gesetze gebunden einer außerhalb derselben stehenden Macht untergeordnet werden sollte.“ Der hiermit ausgesprochene Grundsatz ergibt sich von selbst aus dem Wesen des unabhängigen Staates. Dennoch, sagt die „N.-D.-C.“ werden alle Freunde des Vaterlandes diese Worte des Thronerben mit unverhohlener Freude begrüßen. Sind sie uns doch eine Bürde dafür, daß jene noch nicht alljährlig hinter uns liegende Zeit schwächliche Nachgiebigkeit gegenüber den Übergriffen der römischen Hierarchie in das Rechts- und Wirkungsgebiet des Staates, jene Zeit, da das Prinzip der unbedingten Unabhängigkeit des Staates in der That eine Weile verbunkert war, niemehr wiederkehren wird. Aber der Kronprinz hat sich nicht auf diese unzweckmäßige Wahrung der Rechte des Staates beschränkt; er hat zugleich den Weg zum Frieden gezeigt. Er will „die Hoffnung nicht aufgeben, daß da, wo eine grundsätzliche Verständigung nicht erreichbar ist, doch verbindliche Einigung beider Theile auch für Preußen den Weg zum Frieden eröffnen werde, der anderen Staaten niemals verschlossen war.“ Damit ist die Hand an einem modus vivendi gebeten. Die Frage ist nun, ob und wie Leo XIII. sie ergreifen wird. Persönlich hat der Papst in seinen Briefen, die leider nicht veröffentlicht sind, allem Anschein nach eine aufrichtig entgekommenen Gesinnung erkennen lassen; aber wird es in seiner Macht stehen, dieser Gesinnung auch trautliche Gültung zu verschaffen? In dem Briefe des Kaisers vom 24. März war die Hoffnung ausgesprochen worden, daß der Papst mit dem mächtigen Einfluß, welchen ihm die Verfassung der römisch-katholischen Kirche auf alle Diener derselben gewährt, dahin zu wirken geneigt sein werde, daß auch diejenigen unter den Leitern, welche es bisher unterliehen, nunmehr den Gesetzen des Landes, in dem sie wohnen, sich fügen werden. Nach der Antwort des Papstes vom 17. April glaubt aber der Kronprinz annehmen zu müssen, daß der Papst jene Hoffnung „nicht glaubt erfüllen zu können“. Der Kern des Streites ist also nach wie vor der alte. Auch das Verhalten der Centrumspartei ist bekanntlich unverändert. Die Wiederherstellung des kirchlichen Friedens in Preußen schon für die nächste Zukunft zu erwarten, würde demnach wohl eine zu optimistische Auffassung sein. Von größtem Weite aber ist, daß nunmehr vor Aler Augen klar liegt, wie es jedenfalls nicht die Laster des Staates sind, die es an Verhältnislichkeit haben fehlen lassen.

[Welches Recht haben die Ultramontanen, sich als die Erlöser vom socialdemokratischen Uebel aufzuzeigen?] Diese Frage erörtert die „Münchner Presse“ u. A. wie folgt: „Das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Socialdemokratie ist die Beseitigung des Culturmäßiges. Er! dann werden wir zu der Möglichkeit gemeinsamer Arbeit für den Staat, für Ordnung und Freiheit gelangen“, so sagte der Abgeordnete Windhorst in der Reichstagsitzung vom 24. Mai. „Nur durch die Kirche könnte die Socialdemokratie mit ihren verderblichen Lehren überwunden werden“, das ist ein ultramontanes Axiom, dem wir in den Centrumspredigten und der clericalen Presse beständig wiederbegegnen. Am 9. Februar 1877 sagte Windhorst im preußischen Abgeordnetenhaus: „Als die Basis zur heutigen Socialdemokratie gelegt wurde, da gab es noch keinen Culturmäßigen.“ Nun fragen wir: Was hat damals, als es noch keinen Culturmäßigen gegeben, die Kirche zur Ueberwindung der socialdemokratischen Lehren gethan? Ferner: sucht sie heute in jenen Ländern, wo es noch keinen Culturmäßigen gibt, die socialdemokratischen Irreleben zu bekämpfen, „durch die Lehre vom Kreuz, die Lehre der Nächstenliebe, vom Gebot vom Leid und der Ueberwindung der Autorität“, welche Windhorst als allein wirksame Mittel gegen das freudige Christentum der Socialdemokratie bezeichnet? Nein, weder vor noch nach dem Beginne des „Culturmäßigen“, weder in den Ländern, die i. „Culturmäßigen“ stehen, noch in jenen, wo die Kirche in ungetrübtem Frieden mit der Staatsgewalt lebt, hat sie ihre Waffe durch die Lehre vom Evangelium der Liebe zu überwinden, erfüllt. Blicken wir zurück auf das vergangene Jahrzehnt, was zeigt sich uns da in den bairischen Landen, wo man „im Frieden mit der Kirche“ lebt? Da sehen wir einen Bischof, der Beamte des Staates die Predigt des Aufruhrs richtet. Wir Ultramontane können nicht nachgeben, die Gegenläufe können nur durch Krieg und Revolution ausgeglichen werden; eine friedliche Ausgleichung ist nicht mehr möglich... Die Fürsten sind von Goites Gnaden, und wenn sie dies nicht mehr sein wollen, so bin ich der Erste, der die Throne umstürzt.“ (Bischof von Regensburg 1869.) Da sehen wir einen Erlass des bairischen Ordinariats Regensburg, in welchem zum Behuf der Wahlagation das Augenmerk der Diocesangehörigkeit auf „die sich verschlechternden Verhältnisse“ ge-

richtet wird, die „dem Soelsorger in die Hände arbeiten“ und die er „nur flug und mit Hirtenorgießart seiner Herde vorführen darf.“ Da sehen wir Priester vor dem Gericht stehen, die, statt das Wort Gottes zu verkünden, die Staatsautorität untergraben, Ungehorsam gegen die Gesetze geübt, die brutalsten Beleidigungen der Obrigkeit ausgestoßen, Haß und Unruhen verbreitet, ja selbst Angriffe auf das Leben politischer Gegner angestiftet haben. Das ganze ultramontane Vereinswerk ist auf die Untergrabung der Staatsautorität, des gesellschaftlichen Sinnes, der Vaterlandsliebe gerichtet, vor Allem aber die clericale Presse. Ihr handhabtes Treiben hat hier zu Lande der socialdemokratischen Bewegung bereit, aber sie ist von dieser noch nicht erreicht worden im Chynamus, in der Lügen- und Verleumdungspraxis, in der schändlichen Hebe gegen Kaiser und Reich. Ebenso wurde die Erregung der wildesten Leidenschaften, die Verbreitung der revolutionären und kommunistischen Ideen schon vor der Gründung einer sozialdemokratischen Presse und seitdem mit dieser gemeinsam betrieben. Die ersten Erfolge der Socialdemokraten bei den Wahlen zum Reichstag begrüßte unsere ultramontane Presse wie einen Sieg der eigenen Partei. Eines der angehörenden Ultramontanen Organe, die „Donau-Zeitung“, schrieb damals: „Liebnecht benützte schon die erste Saison, um energisch gegen die stehenden Heere zu sprechen. Im Parlamente wurde er von den liberalen Vertretern der Gelsäde zwar verhöhnt, aber in den Straßen von Berlin brachte ihm das Volk seine Befürdungen dar. Am meisten haben wohl die vom Bischof Keteler gegründeten Blätter, sowie seine eigenen Schriften für Untergräbung der Staatsautorität und für Förderung der Revolution gewirkt. Eines der Neptunen des Bischofs, der „Starkenburger Bote“, verkündet 1871 offen das ultramontane Bündnis mit der Revolution: „An Europas Regierungen ist es jetzt, einen Entschluß zu fassen. Zwei politische Wege stehen ihnen offen: Wahlsägen sie jenen, der dem Papst sein Herrschaft wiedergebt, so werden sie in den Katholiken die gewohntesten Unterstützer finden, welche in allen Fragen rein politischer Natur leicht zufrieden zu stellen sind. Wenn sie aber im Gegenteile die Beraubung der Kirche, d. h. den italienischen Staat anerkennen wollen, dann haben sie einen Krieg auf Leben und Tod gegen die neu geschaffene Ordnung der Dinge zu gewärtigen, einen thätigen, entschiedenen Krieg ohne Rast und Ruhe... hört es, ihr Mächtigen der Erde, die Katholiken machen euch, zu Gunsten des heiligen Stuhls einzuschreiten und ihre gerechten Forderungen zu erfüllen. Glaubt uns, verkennt unser Mahnruf nicht. Guteoder werdet ihr die katholische Kirche in alle ihre Rechte wieder einsetzen oder nicht eine von all den heutigen Regierungen bleibt bestehen.“ Das ist gewiß deutlich und offen genug. Für gewöhnlich aber lieben es die Ultramontanen darauf hinzuweisen, daß dort, wo sie ihre Domäne haben, die Socialdemokratie keinen Platz findet. Es ist ja eine alte Erfahrung, daß die Masse sich stets um die rücksichtlose Agitatoren sammelt. Wie könnte da die Socialdemokratie aufkommen, wo der Ultramontanismus mit seiner an Gemeinde nicht zu überstreichenden Presse, seinen Vereinen, seinen schimpfenden „Seelenhören“ herrscht? Indessen verbündet er sich auch dort mit der Socialdemokratie, wo diese nur mageres Terrain gefunden hat. In München ebenso gut wie in preußischen Wahlkreisen haben sich bei der letzten Reichstagswahl Ultramontane und Socialdemokraten gegenseitig zum Sieg verholfen. Auch bei der Landtagswahl im Mai 1876 suchten die Ultramontanen in München ein Bündnis mit den Socialdemokraten, und damals konnte man den erbaulichen Anblick genießen, wie in der großen Versammlung im katholischen Casino einer der ultramontanen Führer, der Bezirks-Gerichts-Direktor Kopp, in Mitte zweier Socialdemokraten als Redner auftrat. Auch die letzten entzücklichen Vorgänge haben von dem Zusammentreffen der ultramontanen und der sozialdemokratischen Gesellschaft Zeugnis gegeben. Trotz der Haltung der Socialdemokraten nach den Attentaten, der massenhaften Neuflutungen der Schadensfreude und des Bedauerns am Mordlager des Nordplanes, die aus dem sozialdemokratischen Lager bekannt wurden, sucht die ultramontane Presse mit aufsässigem Eifer die moralische Mitschuld der Socialdemokratie an den Verbrechen abzuleugnen und täglich finden wir in solchen Blättern ganze Seiten, die beweisen sollen, daß die Verbrecher außer allem Zusammenhang mit der Socialdemokratie gestanden.

Welche Moral, welche Ansichten über den politischen Mord wurden von dieser Presse im Volke verbreitet? Vor uns liegt ein Artikel der „Donau-Ztg.“ über das Attentat auf den Fürsten Bismarck; es wird darin ausgeführt, daß der Angriff jenes Küssinger Individualums, das zuerst Haushalter anhielt und am Kragen packte, ein größeres Verbrechen sei, als der Nordversuch selbst und mit Hängen bestraft werden sollte. Dieselbe „Donau-Ztg.“ sagt (Nr. 44. 1867): „Für Gehörte fand sich ein Zell — und die Befreiung der Schweiz ist das letzte Drama nicht, das auf der Bühne der Weltgeschichte spielt.“ Wenn wir nun diese ganze Agitation überblicken, wie sie von der römischen Kirchenpartei seit Jahren betrieben wurde, von den Organen der Kirche in Verwaltung des geistlichen Amtes, von den ultramontanen Volksvertretern in den Parlamenten, von den Vereinen und der Presse, so erkennen wir einen mit außerordentlicher Klugheit entworfenen und ausgeführten Plan, in welchem der Socialdemokrat ihre bestimmte Rolle angewiesen ist. Die Kirche würde, gelänge es, das Deutsche Reich und die Gesellschaftsordnung umzustürzen, die Früchte der Revolution in ihren Schoß jammern und wie es so häufig aus kriegerlichem Mund und in der clericalen Presse verkündet wurde: auf den Triummen des Menschenglücks ihren höchsten Triumph feiern. Wir sehen, daß in der Mainzer bishöflichen Presse an die Regierungen gerichtete „Mahnruf“ war keine leere Drohung. Besonders hat es das Organ des Baticans, die „Civilità Cattolica“, nicht an Klarheit über die kirchlichen Zielen gefehlt lassen. Vielfach variiert sie das Thema: „Die geistige Herrschaft der Kirche und ihr sozialer Einfluß kann nicht aufhören und wenn die Regierungen denselben zurückweisen, wird er unmittelbar auf die Völker ausgeübt werden. Der Auffall der Regierungen von der Kirche kann nichts anderes bedeuten, als ihre nahe bevorstehende Zerstörung durch eine jener sozialen Katastrophen, deren sich die göttliche Vorsehung zu Seiten hält, um das Angesicht der Erde zu verändern.“ „Der Kirche kann allein die Revolution helfen“, sagt der päpstliche Rundschau Meglia. Niemand sollte glauben, daß diese Kirche, die eine so gewaltige Thätigkeit entfalten könnte, um den Staat, die bürgerliche Ordnung zu untergraben, gefesselt ist, wenn sie der christlichen Pflicht nachkommen soll: Nächstenliebe, Gehoriam dem Gesetz, Achtung der Obrigkeit zu lebendig. Aber die römischen Kirchenbehörden haben es. Im Reichstag war der Abgeordnete Jörg den Vorwurf hin, die Kirche, das einzige gute Mittel im Kampfe wider die Revolution, die Kirche, fesseln Sie, anstatt ihr ihre segensreiche Wirksamkeit freizugeben. Und der Abgeordnete Windhorst versicherte gleichfalls: Soll die Kirche helfen, so muß sie frei sein. Dieser Widerspruch zwischen der thäftslichen Freiheit zur Verhinderung des Bösen und der behaupteten Unfreiheit zur Übung des Guten löst sich, wenn wir nur den bairischen Begriff von „Freiheit der Kirche“ an die Stelle des gemeinsamen Begriffs von Freiheit setzen. Wenn, wie sie sagen, die Kirche allein helfen kann und doch nicht hilft, ehe ihr nicht der geforderte Preis bezahlt ist, wenn sie allein im Stande ist, die Mächte der Zerstörung zu bannen, nameloses Greuel abzuwenden, wenn sie allein die Menschenbestie bezähmen und die Cultur retten kann und es doch nicht tut, wenn sie mit fanatischer Freude zusteht, wie das Verderben hereinbricht, weil auf den Triummen und Leichen sie ihren höchsten Triumph feiern wird, so ist diese Kirche das seßte Gründlerthum, so ist sie so weit entfernt vom göttlichen Herrn und Meister, der seine rein geistige Stiftung auf die edelste Seite der menschlichen Natur, auf Liebe und Erbarmung, gegründet hat, so weit entfernt wie es der war, der zu ihm sprach: „Sieh, dies Alles will ich dir geben, wenn du niedersässt und mich anbetest.“ Es ist eine verhängnisvolle Mistkennung der von den Ultramontanen drohenden Gefahr, die in den Reden liberaler Parlamentarier und in einigen vorherrschenden liberalen Blättern zum Vorschein kam. Ohne daß die Kirche Recht und Gesetz des Staates anerkannt, ohne daß sie in ihrerfriedenfördernden Agitation nachgelassen, wird das Ende des Kirchen

d. Breslau, 1. Juli. [Alpen-Verein.] In der vergangenen Sonnabend im Café restaurant abgehaltenen Versammlung, welcher der Gehrungs-Rath Prof. Dr. Neumann präsidierte, sprach Prof. Dr. Dorn über Besteigungen des Matterhorns. Der Gipfel desselben wurde zuerst am 14. Juli 1865 und kurz darauf zum zweiten Male bestiegen. Vorher hatte man es bei Besteigungen des Matterhorns nur zu einer Höhe von 13,460 engl. Fuß gebracht und zwar bis zu dem Punkte, der unmittelbar oberhalb der sog. „Cravatte“ liegt. Diese Bezeichnung wird einer Schneeschlucht beigelegt, welche mit einer weißen Cravatte ähnlich sieht. Der Redner selbst hat den Gipfel des Matterhorns vor 2 Jahren bestiegen, wovon er eine lebendige und fesselnde Schilderung gab. Redner hat von der Matterhornspitze verschiedene Geiste mitgebracht, über dessen Zusammenfassung Professor Dr. v. Lafaut Mittheilungen mache. — Die Hamburger Section des deutschen Alpen-Vereins hat die hiesige aufgesetzt, zur Bildung eines Vereins beabsichtigt Unterstüzung veranlaßt. Die Mitglieder Beiträge zu liefern und zwar in der Art, daß jedes Mitglied des Vereins 20 Pf. pro Jahr zahle. Dadurch würde insgesamt jährlich eine Summe von 1400 M. erzielt. Da jedoch die Form dieses Antrages den Statuten der hiesigen Section widerspricht, so machte der Vorstand durch den Vorsitzenden den Vorschlag, zu diesem Zwecke freiwillige Beiträge von den Mitgliedern einzusammeln, welches Verfahren ja alljährlich wiederholt werden könnte. Die Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden. Ein weiterer Beschluß der Versammlung ging dahin, bei der am 5., 6. und 7. September c. zu Zürich stattfindenden Generalversammlung die Breslauer Section mit durch ein Mitglied der Münchener Section vertreten zu lassen, weil von diesen Mitgliedern Niemand um genannte Zeit die österreichischen Alpen zu besuchen gedenkt. — Am letzten Sonnabend im Monat September wird die nächste Versammlung der hiesigen Section stattfinden.

* [Die „Schles. Volkszeitung“ und die „Neue Partei“.] Die „Neue Partei“ der „Schlesischen Zeitung“ hat in der hiesigen Publicistik wenigstens einen Vertheidiger gefunden. Die ultramontane „Schles. Volkszeitung“ polemisiert zwar im Allgemeinen gegen die Beschlüsse der Versammlung vom Freitag, stimmt aber doch in Einzelheiten zu. So schreibt sie:

Wir anerkennen — wenigstens was Breslau anlangt — ihre Emancipation von dem jüdischen Freibuterthum in Preß, Staat und Gesellschaft, und werden uns freuen, wenn sie ihr Theil dazu beiträgt, uns von dem Banne totaler „Verkübelung“ zu befreien und Breslau von der Alleinherrschaft der „Breslauer Zeitung“, der „Breslauer Morgen-Zeitung“ und der „Schlesischen Presse“ zu erlösen.

Wir haben dem kein Wort hinzuzufügen.

* [Koblenz-Theater.] Die Direction ließ dem Personal am letzten Juni erklären, daß keine Gage bezahlt werden könne und daß die Direction Lewin zurückgetreten sei. Wie verlautet, soll das Personal den Beschluß gefasst haben, auf Theilung weiter zu spielen.

* [Selbstmord-Versuch.] Als gestern Abend zwischen 8 und 9 Uhr der hiesige Löper und Dienstleiter Leopold Donel, wohnhaft Goldene Nagelgasse 5, mit seiner Ehefrau über die Lessingbrücke ging, gerieten beide mit einander in Streit und Wortwechsel, welcher so ernster Natur wurde, daß der Mann über das Geländer hinweg in die Oder sprang mit der Absicht, seinem Leben ein Ende zu machen. Er erreichte jedoch seinen Zweck nicht, denn die alsbald herzufliegenden Söhne des Schiffbaumeisters Müßig brachten den Lebensmüden wieder an das Land zurück und an die Seite seiner Gattin. — Längere Arbeitslosigkeit soll übrigens der Grund zu obigem ehelichen Zwiste gewesen sein.

* Steinau a. D., 1. Juli. [Blutergiftung.] Gestern karb im hiesigen Kloster der barmerjigen Brüder der Fleischer und Wurstfabrikant Dittball von hier an Blutergiftung. Derselbe war einige Tage vorher beim Fischen von Futterkäfern von einem Insekt, welches wahrscheinlich von einem Cadaver giftige Stoffe aufgesaugt, gestochen worden, worauf eine sofortige Vergiftung des Blutes herbeigeführt wurde. Dittball war eine große starke Persönlichkeit und nebenbei von hiesigen Mannschaften der einzige Inhaber des Eisernen Kreuzes.

* Bölkendorf, 30. Juni. [Selbstmord.] Seltene Blüthe. Um 25. d. M. erschoss sich der Stellmeister und Böttcher Heinrich Berndt in Nieder-Baumgarten im Keller seiner Wohnung. — Ebenso wurde am 28. d. M. im sogenannten Bienenwalde bei Langewissdorf ein Mann vorgesetzten, welcher seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht hatte und der verschwundene Papierre bei sich trug, unter denen sich auch ein Teil folgenden Inhalts befand: „Ich als totsich Gefundener bin Inhaber dieser Papiere.“ Der Todesfall wurde als der Inwohner und Fleischer Gottfried Sommer aus Lauterbach, bei welchem sich seit längerer Zeit Schwermuth gezeigt, recognoscirt. — Freitag, den 28. d. M., Abends, hatten wir den seltenen Genuss, im Gewächshaus des Herrn Hauptmann Wuthe hieselbst die Königin der Nacht (Cereus grandiflorus) blühen zu sehen; zahlreiches Publikum fand sich ein, um die Pracht und den Duft der so seltenen Blume zu bewundern.

* Salzbrunn, 1. Juli. [Für Saison.] Die hiesige amliche Kursiste weist heut 620 Gäste mit 881 Personen nach. Dazu Fremdenverkehr 633 Personen. Gesamtfrequenz 1514 Personen.

* Namslau, 30. Juni. [Kriegstaugliche Pferde.] — Communalales. — Schul-Angelegenheit — Sieges-Denkmal.] Bei der in diesem Jahre im Namslauer Kreise vorgenommenen Mustering der kriegstauglichen Pferde wurden 3352 Pferde vorgeführt. Davon wurden für brauchbar befunden 294 Reitpferde, 163 Stangenpferde, 477 Borderpferde, in Summa 934 Pferde. — Der Tuch-Kaufmann Herr Röhrich hieselbst, hat abermals das ihm erst kürzlich übertragenen Ehrenamt als Rathsherr der Stadt Namslau niedergelegt. — In der vorigestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung hat dieselbe auf den Antrag des Magistrats gestimmt, daß auf Kosten der Stadt um das auf dem hiesigen Marktplatz zu errichtende und gegenwärtig bereits in der Ausführung begriffene Sieges-Denkmal an die vier Ecken derselben einarmig Gas-Candelaber mit steinernem Sockel gesetzt und dieselben, Behufs Absperrung des Platzes mit eisernen Ketten verbunden werden. Zur Ausführung dieses Projektes werden ungefähr 800 M. erforderlich sein. — Der Magistrat als Patron der hiesigen evangelischen Stadtschule, hat in die vorleste vacante Stelle an derselben den bisherigen Lehrer Rudolf in Elgguth, hiesigen Kreis, und in die ebenfalls vacante leste Stelle derselben den bisherigen Lehrer Seyboldt aus Rössnig bei Rössnig berufen. Durch diese Verpflichtungen ist das Lehrer-Collegium der hiesigen evangelischen Stadtschule wieder einmal vollständig gesetzt; dagegen ist die Lehrerstelle der ebenfalls unter dem Patronat des hiesigen Magistrats stehenden evangelischen Schule zu Elgguth neu zu besetzen, welche mit einem Gesamt-Einkommen von 810 Mark bei freier Wohnung und Feuerung zur Ausübung gelangt ist. — Die Feier der Einweihung des hiesigen Sieges-Denkmales am 19. Juli d. J. nimmt Dimensionen an, welche dieses Fest nicht mehr als ein lokales, sondern als ein Fest von allgemeiner patriotischer Bedeutung erscheinen lassen und die höchsten Würdenträger und Beamten unserer Provinz wollen durch ihre Gegenwart dasselbe verherrlichen. Um diese Herren und die vorausichtlich nach Tausenden zahlenden Festgäste würdig empfangen und aufnehmen zu können, ist Seitens des Fest-Comite's an die hiesige Bürgerschaft die Bitte ergangen, durch eine allgemeine, der Bedeutung und dem patriotischen Zweck des Festes entsprechende Ausföhlung der Stadt zu zeigen, daß die Ehre, welche unserer Stadt durch so hohen und zahlreichen Besuch zu Theil wird, auch zu schätzen wissen. Zugleich ist an die Bewohner von Stadt und Land gerichtet worden, das Comite durch Beiträge zu unterstützen, da die über Erwarten großartigen Dimensionen, welche das Fest annimmt, auch entsprechend größere und kostspieligere Arrangements notwendig machen. — Der Besuch dieses Festes von Auswärtigen wird darum ein sehr großer werden, als den Besuchern, wie wiederholt hergehoben werden muß, durch die freundliche Zusage der Direction der Rechte-Ober-User-Wahn — Extrazüge mit Retourbillets einzulegen — das Hierherkommen sehr erleichtert werden wird. — Der Herr Oberpräsident hat mittelst Erlasses vom 28. Juni c. die beantragte Genehmigung zu einer der Gelegenheit der Einweihungsfeier vorgesehenen Verloosung ertheilt, deren Ueberschub zur Theilweisen Deckung der Festkosten bestimmt ist. Es werden 2000 Stück Poste à 50 Pf. verausgabt werden. Die Haupt-Gewinne bestehen in einer goldenen Remontoir-Uhr, ferner in 2 Regulatoren, und 16 Silbernen, mit Bezug auf die Einweihungsfeier geprägten Medaillen. Außerdem kommen 70 vergleichende broncne Medaillen zur Verloosung, zusammen 90 Gewinne. Dieziehung selbst findet am 19. Juli c. im Stadtparke statt. Die Festmusik wird ausgeführt werden von den Capellen des 2. Jäger-Bataillons aus Dels, sowie von der hiesigen städtischen Capelle des Herrn Barasch, die durch 20 auswärtige Musiker verstärkt

quent und correct im Staatsinteresse durchgeführt werde. Wurden denselben bedrohten der Kirche vom Reich und Preußen angenommen, so der Kirchenkampf in Baiern beginnen zur „Durchführung des Gesetzes.“ Die Richtung, welche die clericale Agitation hier nehmen wird, kann verschiedene Stimmen in unserer clericale Presse, die heute die bayerische Loyalität gegen das Reich ausspielt, angegeben.

Böckum, 30. Juni. [Die Handelskammer] ist mit einer beachtenswerthen Kundgebung hervorgetreten. Es heißt darin u. a.:

Wir sind weit entfernt davon — heißt es — die berechtigten Ideen, welche in den sozialistischen Bestrebungen zu finden sind, bekämpfen zu wollen. Aber die Weltanschauung, welche in den Programmen der sozialdemokratischen Partei und in ihren Versammlungen zu Tage tritt, hat mit wissenschaftlichen Bemühungen nicht die mindeste Verbindung. Die systematische brutale Ausbeutung der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber, die fridole Verhöhnung jeder Autorität des Rechtes, des Gesetzes, wie der heiligsten religiösen und sittlichen Gesetze, die stetige offene oder verdeckte Ermutigung endlich zum gewaltfamen Unmoral der bestehenden Gesellschaftsordnung sind zum einen Theil entschieden strafbar, zum anderen Theile so durchaus ungünstiger Natur, daß sie, nachdem ihre freudigen Folgen in zwei ruchlosen Attentaten gegen Se-Majestät unseren geliebten Kaiser zu Tage getreten sind, unter keinen Umständen länger geduldet werden dürfen. Zu ihrer Befreiung reichern aber wieder Verhöhnungen des Strafgesetzes, noch strengere Verwaltungsmassregeln aus. Die Socialdemokratie ist durch die bissige Indolenz des deutschen Bürgerthums zu solcher Macht und solchem Übermuth herangewachsen, daß nur eine energische, einheitliche und planmäßig organisierte Selbsthilfe aller derer, welche Eigentum, Familie, Religion, Stiftlichkeit und alle Güter der Cultur hochhalten, in Verbündigung der Maßregeln der Staatsgewalt Rettung bringen kann. Zugleich fordert freilich diese Lage der Dinge alle Arbeitgeber in eindringlichster Weise auf, sich ihrer Pflichten gegen diejenigen Arbeitnehmer, die treu zu ihnen halten und redlich ihre Pflicht erfüllen, im ganzen Umsange derselben bemüht zu bleiben. Wir zweifeln aber nicht im Mindesten daran, daß jeder Arbeitnehmer seines Bezirks sich dieser Pflicht schon deshalb willig unterziehen wird, weil ein einmütiges Zusammenhalten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit einer der weientlichsten Voraussetzungen eines frischen Wiederaufblühens unserer so schwer darniederliegenden Industrie ist. Halten wir daher an der Parole fest: gute, in jeder Einstellung menschenwürdige Behandlung der loyal gesinnten Arbeitnehmer und redliche Fürsorge für ihre Interessen, aber unerbittlichen Kampf gegen die Ausschweifungen der Socialdemokratie und ihre gewissenlosen Führer.

Düsseldorf, 1. Juli. [Landtagswahl.] Bei der heute hier stattgehabten Wahl zweier Landtags-Abgeordneten an Stelle der Abgeordneten Jansen und Dr. Haussmann, deren Wahl für ungültig erklärt worden war, erhielt im ersten Wahlgang der Kandidat der Clericalen, Biesenbach, 277, der Kandidat der Liberalen, Landvogt, 194 Stimmen. Im zweiten Wahlgange wurden für den Kandidaten der Clericalen, Wenders, 277, für den Kandidaten der Liberalen, Jansen, 192 Stimmen abgegeben. Sonach sind Biesenbach und Wenders gewählt.

München, 27. Juni. [Sitzung des Staatsrates.] — Der Rechenschafts-Bericht Stauffenberg's.] Unter dem Vorsitz des Prinzen Luitpold wurde heut eine Sitzung des Staatsrates abgehalten, in welcher die Regierungsvorlage für den Landtag zur Erledigung gelangt sein durfte. Die Sitzung nahm drei Stunden in Anspruch. — Im Verlauf der gestern Abend abgehaltenen Versammlung der liberalen Wähler wurde — wie bereits mitgetheilt — vom Hrn. v. Stauffenberg, welchen die außerordentlich zahlreiche Versammlung mit lebhaften Applaus und herzlichen Zurufen begrüßte, Bericht über seine Thätigkeit in den beiden letzten Sessions des Reichstages erstattet. Der Telegraph hat einen längeren Auszug aus diesen Reden gebracht. Wir halten sie jedoch für wichtig genug, um noch-mals darauf zurückzukommen.

Der Redner verwahrte zunächst den Reichstag gegen den ihm häufig gemachten Vorwurf, daß er zu viel Doctrinismus treibe und die Gegenstände materieller Natur verwarf. Er zählte die in der ersten Session der Wahlperiode beratheneten Gesetzentwürfe auf, die mit wenig Ausnahmen Gegenstände materieller und wirtschaftlicher Natur waren; er betonte dabei, daß das zur Erledigung gelangte Patentgesetz den Beweis liefern, daß die Mehrheit des Reichstages nicht freiändlerisch gestimmt sei, wie vielfach behauptet wurde. Zu der letzten Reichstagsession übergehend, legte Herr von Stauffenberg dar, daß die Mehrzahl der Sitzungen während der Dauer derselben der Beratung von Gegenständen materieller Natur gewidmet wurde und nur wenige Zeit für ideale Gegenstände übrig geblieben sei. Im weiteren Verlaufe des Vortrags erörterte der Redner die Frage der Tabaksteuerung in Verbindung mit der Steuerfrage überhaupt in sehr eingehender Weise. Das Reich müsse allerdings finanziell selbstständig gestellt werden; die direkten Steuern aber müssten den Einzelstaaten verbleiben und nur die indirekten, könnten dem Reich überwiesen werden, jedoch mit Ausnahmen. Nachdem sich der Redner hierauf für die ungehemmte Erhaltung der constitutionellen Rechte der Reichs- und der Landesvertretungen ausgesprochen, ging er zur Frage des Tabakmonopols über und erörterte dieselbe, sowie die Gesetzespunkte, von welchen der Reichstag bei der Beratung und Verurteilung des diesfälligen Gesetzentwurfs ausging, in eingehender Weise, sich dabei wie die Verhältnisse liegen, als entschiedener Gegner des Monopols documentirenb. Was die allerdings großen Ausgaben für das Militär betrifft, so glaubt Redner, daß bei der dermaligen Weltlage eine Minderung derselben nicht versprechen zu können, wohl aber, daß keine wesentliche Erhöhung derselben eintreten dürfe; wenn nur hierzu eine Steuermehrung erfolgen sollte, so müßten wir uns dagegen vertheidigen. Nicht allein der Tabak, auch andere Gegenstände liefern einen höheren Steuerertrag zu; so z. B. der Zuckerr, welcher ohne große Mehrbelastung des Publikums einen Steuermehrertrag von 15 Millionen Mark liefern könnte. Hinsichtlich der Gewerbeordnungs-Frage erörterte der Redner die wichtigsten Punkte des bezüglichen Gesetz-Entwurfs, dessen Bestimmungen wie es scheine, im Publikum noch wenig bekannt seien.

Eine Revision der Gewerbe-Ordnung im Ganzen vorausnehmen, würde nicht zum Ziele führen, wohl aber würden weitere Änderungen, so weit sich ein praktisches Bedürfnis zeige, erfolgen müssen. Den letzten Gegenstand des Vortrages bildete die Gesetzesvorlage gegen die Socialdemokraten, und in dieser Beziehung äußerte Herr v. Stauffenberg, nachdem er die Attentate auf den Kaiser erwähnt hatte, u. a.: daß er sich über den Zusammenhang dieser Attentate mit der Socialdemokratie nicht weiter verbreiten wolle, ehe die Untersuchung geschlossen sei und ehe die Sache ihren juristischen Austrag gefunden habe. So viel aber scheine ihm sicher zu sein, daß uns nicht bloss das Attentat und vielleicht das erste noch in einem höheren Grade als das zweite, sondern die ganze Bewegung, welche sich an derselbe geknüpft hat, die Art und Weise, wie es in einem Theil der sozialdemokratischen Presse behandelt worden ist, einen wirklich entsetzlichen Blick in die Verwilderung habe ihn lassen, welche einen großen Theil der Massen erschafft hat und darüber sei man allgemein einverstanden gewesen, daß es in dieser Beziehung nicht mehr so fortgehen könne, daß etwas geschehen werde, um dieser Verwilderung Einhalt zu thun. Allein wenn es eines Theils sicher sei, daß es absolut nicht mehr angehen dürfe, mit dem Androhen der Gewalt, dem Androhen des Mordes, mit dem Königsmord und allen diesen Dingen zu spielen, so müsse andererseits auch ins Auge gefaßt werden, daß alle Schritte, welche in dieser Richtung geplant werden, auf das Ernsteste überlegt werden müßten. Das zweite sei — und dies schwört dem Herrn Redner wenigstens Theilweise vor bei seinem Votum: so notwendig es sei, diesen Ausschreitungen, wo sie sich zeigten, diesen auf den Umlauf der bestehenden Gesellschaft, auf den Umlauf der bestehenden Rechtsordnung gerichteten Ausschreitungen entgegenzutreten, ebenso sicher scheine es ihm zu sein, daß die Gesetzgebung, welche diesem entgegentreten müsse, nicht den Charakter eines Kampfes gegen eine ganze Klasse annehmen darf. Wenn es bei diesem Kampfe, welcher von der Socialdemokratie gegen uns geführt wird, mit am lebhaftesten zu beklagen sei, daß er eine Anreizung zum Klassenkampf, eine Anreizung des Hasses einer Klasse gegen eine andere sei, so dürfe nach seinem Grundsatz nicht auch die Gesetzgebung in diesen Fehler verfallen und Gesetze machen, aus denen Angriffe gegen eine ganze Klasse hergeleitet werden könnten. Die Linien seien außerordentlich schwer zu finden. Dass sie der dem Reichstag vorgelegte Gesetzentwurf nicht gefunden hat, sei damals seine feste Überzeugung gewesen, und sei es heutigen Tages ebenfalls. (Allgemeines Bravo.) Der Redner erwähnt dann, daß alle anwesenden bayerischen Abgeordneten, welcher Parteirichtung sie auch angehören, in ihrem vereinenden Votum am Schlus überzeugt seien. Des Redners Ansicht sei: daß es viel geschrägter sei, in dieser Sache etwas Falsches zu thun, etwas was sich in der Anwendung als ganzlich undurchführbar und schädlich erweise, als daß man die kurze

Zeit gewarzt und sich ruhig überlegt hätte, was in dieser Sache zu thun sei. (Lebhafte Beifall.) . . . Es sei aber in ganz besonders prägnanter Weise von der nationalliberalen Partei erklariert worden, daß man, wenn die Regierung die außerordentlichen Maßregeln für notwendig halte und dieselben gebürgt mößte, der Regierung in dem Kampfe zur Seite stehen wolle und die Regierung wäre durch nichts veranlaßt gewesen, zu glauben, daß dies lediglich in den Wind geredet sei und daß es notwendig sei, einen neuen Reichstag zu berufen. Redner ist der festen Überzeugung, daß der neue Reichstag finden werde, daß der von den Rednern des alten Reichstags angedeutete Weg der einzige sei, auf dem die Sache zur geistlichen Erledigung kommen könnte. (Bravo.) Obwohl der Vortrag des Hrn. Stauffenberg über zwei Stunden in Anspruch genommen hatte, folgte die Versammlung demselben mit dem größten Interesse und begleitete denselben mit lang anhaltendem Beifall.

Italien.

Venedig, 28. Juni. [Anti-Österreichische Demonstrationen.] Gestern Abend haben einige Individuen eine Demonstration gegen den österreichisch-ungarischen Consul in Venedig in Scene gesetzt. Die Demonstration soll durch ein Gerücht veranlaßt worden sein, demzufolge der Consul eine von einigen jungen Leuten veranstaltete Vergnügungskette von Triest nach Venedig verhindert hätte. (Hierauf beziehen sich die telegraphischen Depeschen in unserem heutigen Morgenblatte. Die Red.)

Frankreich.

Paris, 30. Juni. [Das Nationalfest. — Die politische Amnestie.] Es ist uns noch ganz tricolor vor den Augen, da wir uns zum Schreiben niedersetzen. Solch' ein Wehen von Fahnen, Flaggen, Banderotten ist wirklich noch nicht dagewesen. Zu Tausenden kann man in allen Straßen die Fahnen Frankreichs und anderer Nationen zählen und ein Statistiker, der sich die Mühe nehme wollte, zu berechnen, wieviel Ellen Zeng heute der Ausstellung und der Republik zu Ehren innerhalb Paris im Winde flattern, würde zu einem fabelhaften Resultat gelangen. Man konnte schon gestern Nachmittag glauben, daß das Fest begonnen habe, so reich hatten sich schon alle Häuser geschmückt, so vergnügt schauten alle Gesichter drein. Auf den Boulevards und in den Straßen verkauste man dreifarbig Blumen, Gocarden, Gravatten, Hüsfedern und Brustnadeln mit dreifarbig Fahnen. Ein patriotisches Fieber schien sich aller Damen bemächtigt zu haben; sie trugen die drei Farben auf den Hüten, in den Haaren, auf der Brust. Überall errichtete man Triumphbögen, mit Blumen und farbigen Bändern verziert, deren Inschriften hundertfältig die Worte: Frankreich, Einigkeit, Friede, Arbeit, Republik u. s. w. vorführten. An den Straßenenden waren die Festprogramme der verschiedenen Bezirke angeschlagen. Diese Programme füllten zwei Journalseiten. Die einzelnen Bezirke weitaus unter einander, welcher die mannigfaltigsten Festlichkeiten veranstalten werde. In einigen derselben werden öffentliche Aufzüge mit Muß gehalten. Fast auf allen großen Plätzen werden Orchester aufgestellt sein. Die äußeren Bezirke, die über größeren Raum verfügen, veranstalten Jahrmarkte mit allen herkömmlichen Belustigungen, die dazu gehören. Den reichhaltigsten Theil des Programms aber bilden fast überall die Feuerwerke und man kann sich fragen, wo alle die Feuerwerkstüchter herkommen werden, die heute Abend in Thätigkeit sein müssen. Um ein kleines Detail der bevorstehenden Illumination anzuführen, sei gesagt, daß die Strecke zwischen dem Bois de Boulogne und der Place de la Concorde von 78,000 bunten Porzellans-Ballons erleuchtet wird, zu deren Anzündung man 1640 Männer engagiert hat. Gestern gegen Abend hatten die Pariser einen großen Schrecken. Nach achttägigem heißen Wetter war am Nachmittag ein Gewitter eingefallen. Man freute sich schon über die Kühlung der Atmosphäre, welche dasselbe versprach, aber am Abend machte der Gewitterregen Mine, in einen südlischen Landregen umzuschlagen. Es rieselte und rieselte vom Himmel herunter, und an allen Fenstern sah man betrübte Gesichter zu den schwarzen Wolken ausblicken. Die Clericalen und Reactionären, die sich jetzt nicht minder gehässig geben, als bei dem Feste vom 1. Mai, mögen an diesem Abend ins Fäulschien gelacht haben. Aber es steht wirklich so aus, als ob der Herrgott ein Republikaner geworden wäre, wie uns ein vertrauensvoller Franzose versicherte. Neben Nacht hat das Wetter sich wieder befestigt und möglicherweise wird das Fest noch von schönem Sonnenchein begünstigt werden. Die Armen werden auch nicht leer ausgehen. Die verschiedenen Bürgermeistereien vertheilen Lebensmittel an die Bedürftigen. Die Kosten dieser Vertheilung sind einmal durch die freiwilligen Beiträge der Einwohner gedeckt, zum anderen durch die schon vorhandenen Mittel der Wohlthätigkeitsbureau und ferner durch die Zuschüsse der Regierung. Der Ministerrath hat gestern 20,000 Frs. angewiesen, welche den von der Kammer votirten 500,000 Frs. entnommen werden, und Dusauré hat von der ihm zuerkannten Indemnität für Repräsentationskosten weitere 20,000 Frs. gespendet. Die meisten Journale werden der Feier wegen heute Abend und morgen früh nicht erscheinen. — Die vielbesprochene Amnestiefrage findet in folgenden beiden Noten des heutigen Amtsblattes ihre Erlegung: 1) „Durch Entscheidung vom 26. d. M. hat der Präsident der Republik geruht auf Antrag des Justizministers 1296 zu Strafen des gemeinen Rechts Verurtheilten, die in den Colonien, Centralhäusern und anderen Gefängnissen Frankreichs und Algeriens gefangen sind und die sich durch ihre Freiheit, ihren Gehorsam und ihre Arbeitsamkeit der Nachsicht würdig gemacht haben, ihre Strafe zu erlassen oder zu mildern. Diese Entschließungen sind am 30. Juni auszuführen.“ 2) „Vom 14. December bis heute sind 25 Gnaden-decrets betreffend die Individuen, welche wegen Verbrechen und Vergehen während des Aufstandes von 1871 verurtheilt wurden, von dem Präsidenten der Republik unterzeichnet worden. Diese Decrete umfassen 890 Verurtheilte, von welchen 435 vollständig begnadigt wurden, während 213 ein Strafnachlass und 242 eine Strafsänderung zu Theil wurde

werden soll, und durch ein in Breslau zu engagierendes Bataillons-Corps.

— r. Namslau, 1. Juli. [Socialdemokratisches.] Zu Anfang der vorigen Woche ist es der hiesigen Polizei-Verwaltung gelungen, einer Correspondenz auf die Spur zu kommen, die ein Führer der Berliner Socialdemokratie mit seiner in der hiesigen polnischen Vorstadt lebenden Mutter unterhielt. Die Correspondenz, die nach verschiedenem socialdemokratischen Zeitschriften mit Beschlag belegt worden ist, enthält nicht nur die empörendsten Schmähungen auf Kaiser, Reich und Religion, — sie bietet auch ein anschauliches Bild von den verwerflichen Zielen und Zwecken, wie von den Mitteln, deren sich die Socialdemokraten bedienen. Der Berliner Polizei ist von diesem Vorfall nicht nur sofort telegraphische Nachricht gegeben worden, — es wurden ihr auch ungestüm die mit Beschlag belegten Papiere übermittelt, und die Berliner Criminal-Polizei wird unzweifelhaft um so mehr reizlichen Anhalt zu umfassenden Recherchen gefunden haben, als der Briefschreiber, der hier vor einigen Jahren die Conditei erlernt, nach seiner Angabe „Controleur“ des sozialdemokratischen Vereins in Berlin ist, und dessen Gelder durch seine Hände gehen. Die Correspondenz und die mit Beschlag belegten Zeitschriften sollten nach dem Verlangen des Absenders hier an eine bestimmte Person abgegeben werden, was aber von der Empfängerin nicht ausgeführt worden ist.

s. Roszcin-Schoppinitz, 1. Juli. [Waldbrand.] Sonntag Mittag entstand in der von Thiele-Winckler'schen Waldschooing bei Janow Feuer und wurden trotz sehr thalkräftigem schnellen Eingreifen der Roszcin-Schoppinitzer und Katowitzer Feuerwehr ca. 25 Morgen Schönung ein Raub an den Flammen. Die Entstehungsursache ist bis jetzt noch nicht ermittelt.

△ Peiskretscham, 30. Juni. [Weite Lehrerprüfung.] Zu der vom 24. bis einschließlich zum 28. l. M. im hiesigen Schulreher-Seminar stattgefundenen zweiten Lehrerprüfung hatten sich 30 provisorisch angestellte Lehrer eingefunden. Den Vorsitz bei der mündlichen Prüfung führten die Herren Dr. Slawiky, Provinzial-Schulrat aus Breslau, und Regierungs- und Schulrat Prange aus Oppeln. Ein Lehrer legte nur die Prüfung der französischen Sprache ab und bestand dieselbe auch. Einer trat von der mündlichen Prüfung freiwillig zurück, ein zweiter wurde von derselben ausgeschlossen, ein dritter aber zeigte sich aus unbekannten Gründen nach der schriftlichen Prüfung gar nicht mehr im Seminar. Von den 26 Lehrern, welche die volle Prüfung abgelegt haben sind nur 13 mit einem Prüfungszeugnis von hinner geschieden. Bei Manchen der Uebrigern stellte sich ein bedeutender Mangel an Vorbereitung für die Prüfung heraus, besonders hinsichtlich des Studiums deutscher litterarischer Musterwerke und Festhaltens der schönsten Kernastellen aus denselben im Gedächtnis. Es wäre überhaupt zu wünschen, daß die Prüfungs-Candidaten es mit der Vorbereitung für diese wichtige Prüfung ernsternehmen möchten.

A. Leobschütz, 30. Juni. [Zum Raubmord anfall in Nassiedel.— Abiturientenprüfung.— Simultanschule.— Selbstmord.— Kreisverwaltungsgebäude.] Der Untersuchungsrichter des hiesigen Kreisgerichts hat in diesen Tagen den Thatbestand zu dem gegen den Bärtiger Kenner in Nassiedel verübten Raubmord-Berluhe an Ort und Stelle aufgenommen. Der Verhandlung wohnte der Staatsanwalt Wolff aus Neustadt O.-S. an. Bei dieser Gelegenheit wurde ein der Mithilfehaft verdächtigtes Individuum aus Liptin, einem Nachbarorte von Nassiedel, verhaftet und am 26. d. Ms. an das Gefängnis des hiesigen Gerichts eingeliefert. — Zu der diesjährigen am hiesigen Gymnasium künftigen Monat stattfindenden Abiturienten-Prüfung haben sich 32 Ober-Primaen gemeldet. Die schriftliche Arbeit ist in diesen Tagen angefertigt worden. — Zu den an der hiesigen Simultanschule zu besiegenden 2 Lehrerinnenstellen haben sich bis heute 32 Candidatinnen gemeldet. — Am 26. d. Ms. fand man den 77jährigen Bauerausflügler R. in dem an das Weichbild unserer Stadt angrenzenden Nachbarorte Grobburg in seiner Wohnung aufgehängt vor. Da der Selbstmörder keine Nahrungsorgane hatte, auch sonst äußerlich zufristeden ließ, so kann man nur annehmen, daß er in einem Anfall von Geistesstörung den Selbstmord beging. — Gestern sind die Bureau's des hiesigen Landratsamts aus dem bisher benutzten Privathause nach dem neu erbauten Kreisverwaltungsgebäude an der Promenade verlegt worden, in welchem morgen der Dienst des Landratsamtes und des Kreisausschusses beginnt. Eine nähere Beschreibung des erwähnten Gebäudes lasen wir schon in Ihrer Zeitung. In Betreff der Environs trage ich nach, daß um das Gebäude eine Mauer aufgeführt wird, die nach der Anlage an der Südseite der Wirtschaftsgebäude mit dem Ganzen wenig in Einklang zu bringen sein wird. Zu wünschen bleibt, daß durch beschleunigte Fertigstellung der Anlagen um das Gebäude herum der Bau endlich zum Abschluß gelangt.

* Vom Trockenberge, 30. Juni. [Zur Tageschronik.] Dem emeritirten Lehrer Herrn Baron in Groß-Boglin wurde bei seinem Eintritt in den Ruhestand der Adler des Hohenzollernschen Hauses verliehen. Gestern Nachmittags um 4 Uhr erschienen nun in dem festlich decorirten Schulhaus der Herr Landrat des Kreises Tarnowitz, der Herr Kreis-Schul-Inspector Woitplat, gegen vierzig Lehrer des Kreises und eine Deputation der Gemeinde, worach die vor dem Schulhaus versammelten Schüler das Lied „Ich hab' mich ergeben“ anstimmten. Die versammelten Lehrer trugen nun den Psalm „Herr unser Gott“ vor, worauf Herr Landrat Barthewitz eine Ansprache an den verdienten Lehrer und die Versammelten hielt und ihm den Orden überreichte. Er schloß mit einem Hoch auf unseren allgeiebten Kaiser, in welches alle Anwesenden begeistert einstimmten. Der Herr Kreis-Schulinspector nahm alsdann das Wort, entrollte ein Lebensbild des Herrn Baron und endigte mit einem Hoch auf Herrn Baron. Aus dem Mittheilten entnehmen wir Folgendes: Herr Baron war im Jahre 1814 zu Nicolai geboren und vertrat schon als Präparand einen Adjutanten durch 2 Jahre, worauf er seine Ausbildung im Seminar zu Ober-Glogau erhielt. Als dann amtierte er in Petersdorf, Gleiwitz und gegen 25 Jahre in Peiskretscham. Seit 8 Jahren hatte er den Lehrer- und Organistenposten in Gr.-Boglin inne. Herr Baron dankte zum Schluss dem Herrn Landrat, dem Herrn Kreis-Schul-Inspector und allen Anwesenden. Die Nationalhymne und der Psalm „Der Herr ist mein Hir“ bildeten den Schluß der schönen Feier. — Be gleicher Zeit wurde dem dafüren neuen Lehrer Herrn Merkels die Vocation übergeben und derselbe in sein neues Amt eingeführt. — Vergangene Nacht wurde der wegen seiner Wohlthätigkeit und Armut bekannte Pfarrer Christoph aus Georgenberg bestohlen. Seine sämmtliche Wäsche als auch ein Theil der Kirchengeräthe fielen den Langfinger in die Hände.

△ Königshütte, 28. Juni. [Aus amtlicher Quelle.] Die „Schlesische Zeitung“ bringt in Nr. 294 von 27. über einen empörendlichen Wassermangel in hiesiger Stadt einen Artikel, welcher sowohl geeignet ist, über die Thatigkeit der hiesigen Königl. Berg-Inspection bezüglich der von ihr bewirkten Wasserförderung der Stadt irrite Ansichten herzuräumen, als auch hinsichtlich der vor dieser Behörde zu einer ausreichenderen Wasserbefähigung getroffenen Maßnahmen eine große Unkenntniß verräth. Nur aus letzterer läßt es sich ebenfalls erklären, wenn der betreffende Bericht der hiesigen Verwaltung der Königs- und Laurahütte-Aktien-Gesellschaft eine Anerkennung vindicirt, welche allerdings in den Ansichten der hiesigen Verwaltung einen weit verbreiteten Widerhall findet. — Es soll zufürderst nicht in Abrede gestellt werden, daß an den letzten Tagen der vorigen Woche mit Rücksicht auf die anhaltende Trockenheit der Witterung ein etwas geringeres Quantum von Wasser an die städtische Bevölkerung seitens der fiscalischen Verwaltung als sonst unter gewöhnlichen Verhältnissen abgegeben werden konnte, da auch leichter wegen des Betriebs ihrer Maschinen nach Rücksicht der zu Gebote stehenden Wassermaschinen sich gewisse ökonomische Aufwürtungen eingestellt haben. — Es hatte sich indessen die Abnahme in der Speisung der Wasserstände nicht so bald als eine für die Einwohnerschaft mit Unzuträglichkeiten verbundene gezeigt, als auch bereits noch während des Sonntags für eine erhöhte Wasserzuführung gesorgt wurde. — Einem solchen wiederkehrenden Mangel vorzubürgen, ist nun die Wasserhebungsanlage auf dem Freudenthalsschacht projiziert worden. Der Herr Berichterstatuer der „Schlesischen Zeitung“ irrt jedoch gänzlich, wenn er annimmt, daß der leise Wassermangel einer Unterbrechung der maschinellen Thatigkeit auf jener Anlage zuzuschreiben sei, und so das Vertrauen und die Erwartung der Bevölkerung in diese zukünftige Wasserförderung zu erschüttern versucht. Es muß dem entgegen bemerkt werden, daß diese neue Anlage, welche einen vollständigen Umbau der Wasserhaltungsmaschinen in und auf dem Schachte, die Legung eines ausgedehnten Röhrennetzes u. s. w. erfordert hat, noch nicht fertig gestellt werden können, daß sie aber in der nächsten Zeit in Funktion treten wird, nachdem die, wie gesagt, sehr umfassenden Arbeiten in der kurzen Zeit von kaum 4 Wochen zur Ausführung gelangt sind. — Wenn nun die fiscalische Verwaltung sich auf diese Weise die Abgabe von Trink- und Wirtschaftswasser an die Stadt bestens angelegen sein läßt und mehr als 20 Standen innerhalb der Stadt fast ununterbrochen mit Wasser versorgt, so ist es dem gegenüber ziemlich unerträglich, warum der seitens der Berg- und Hüttent-Verwaltung, welche eine unter der ganzen Stadt fortgehende Wasserleitung besitzt, gewährten Spendung von Wasser in einem, sage einem

Ständer so große Anerkennung gesetzt wird, da die aus den auf der Königsbühne beschäftigten Beamten und Arbeitern bestehende Bevölkerung, welche zu der unter der fiscalischen Gruben-Verwaltung stehenden Belegschaft angehörigen Bevölkerung an Kopfzahl mindestens gleichkommt, auch zu den zahlreichen Consumenten des mittels der fiscalischen Wasserleitung dargebotenen Wassers gehört, und kein Grund ersichtlich ist, weshalb die Berg- und Hüttent-Verwaltung nicht für die Versorgung ihrer Hütteneute oder des Äquivalents ihrer consumirenden Kopfzahl mit Wasser freiwillig und nicht erst auf Bitten elicher Einwohner aufzutreten hätte. — Es darf hier nach behauptet werden, daß der betreffende Artikel dem bei der hiesigen öffentlichen Wasserförderung sich herausstellenden Verdienst Licht und Schatten doch in zu wenig gerechtfertigter Weise zugethet hat.

○ Pleß, 30. Juni. [Majestäts beleidigung.] Besichtigung. — Grenzbeleidigung. Vor der Criminal-Deputation des hiesigen Kreisgerichts standen dieser Tage 3 Personen unter der Anklage der Majestätsbeleidigung. Alle drei wurden bestraft und zwar mit 3 Jahren Gefängnis die Hebamme Drziga aus Crivitz, mit je 1½ Jahr der Vorarbeiter Bednarek aus Lichau und der Buchhinder Paul Miarka aus Nicolai. — Vor gestern traf der commandirende General des 6. Armee-Corps, General der Cavallerie v. Lümping, zur Inspektion der hiesigen Escadron des 2. Ulanen-Regiments hier ein und nahm in Uhna's Hotel Quartier. Gleichzeitig waren zur Inspektion eingetroffen der Divisions-Commandeur General-Lieutenant Prinz Kraft zu Hohenlohe-Ingelsingen aus Neisse und der Major v. Liers vom 2. Ulanen-Regiment aus Ratibor. Gestern erfolgte die Inspektion der Escadron, die um 7 Uhr Morgens nach dem Exercierplatz ausrückte. Dem Vernehmen nach ist das Resultat der Inspektion ein recht betriediges gewesen. Heut ist die Abreise zu gleichem Zweck nach Sobrau erfolgt. — Mit dem um 1 Uhr Nachmittags hier ankommenen Zuge der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn traf heute ein Detachment des 23. Infanterie-Regiments aus Neisse hier ein. Morgen rückt dasselbe an die Grenze ab, um die dort zur Grenzverte stationirten Truppen abzulösen.

Mitteilungen aus der Provinz. — Görlitz. Das unvorstüdige Spielen

mit Schuhwaffen hat wiederum ein Opfer gefordert. Gestern Nachmittag ging der 22jährige Dachdeckerseßle Klemi von hier mit seiner Stiefmutter in die Kirchen-Allee der Nieskyer Chaussee, wo sie bei dem dortigen Pächter lange Kirchen laufen. An der Hütte des Letzteren hing ein mit Schrot geladenes altes Militär-Gewehr, welches Klemi mit den überweise ausgesprochenen Worten: „Mutter, jetzt schieße ich Dich tot!“ in die Hand nahm und den Hahn aufzuziehen versuchte. Während Klemi noch damit beschäftigt war, krachte der Schuß und die unglückliche Frau blieb, von einer Ladung Schrotkörner in Brust und Unterleib getroffen, auf der Stelle tot. Außerdem wurde ein Kind, welches die Frau an der Hand führte, von einem Schrotkorn an der Stirn verwundet. Heute Morgen wurde der ung'stliche und ob seiner That fast verzweifelnde junge Mensch in die Untersuchungs-hälfte abgeführt; Nachmittags fand die Section der Leiche der Frau Klemi statt.

+ Grünberg. Am Freitag kam vor hiesigem Schwurgericht die Untersuchungssache gegen den 1. s. flüchtig gewordenen und von Amerita zurück transportirten Kreisgerichtsrath Stilke zur Verhandlung. Der Angeklagte wurde zu 5 Jahren Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe eben, noch 3 Monaten Buchhaus, 3 Jahren Chorverlust und zur Tragung der Kosten verurteilt.

△ Liegnitz. Der 10jährige Sohn des Seifert im Seedorf hatte das Bieb zur Schwemme in den See getrieben. Eine Kuh war dabei zu weit hineingegangen und der Knabe wollte sie zurückholen. Bei dieser Gelegenheit geriet derselbe in Lebensgefahr und als der Vater ihn zu retten versuchte, ertranken beide. Seifert hinterließ eine Frau und noch 6 Kinder.

Königsbrücke. Die „Grenzzeit“ meldet: Der hiesigen Polizeiverwaltung ging am heutigen Tage eine anonyme Anzeige zu, daß der Bergmann Wilhelm Lüftel, im Stadtteil Hummeli wohnhaft, sich mit Falschmünzern beschäftige. In Folge dieser Anzeige begaben sich Polizeibeamte in die Wohnung des L. und fanden auch wirklich falsche Zweimarkstücke und falsche Gehrypfennigstücke vor. Lüftel wurde sofort festgenommen und gestand auch ein, daß er die falschen Geldstücke selbst angefertigt habe. Die vorgefundene Formen wurden mit Beschlag belegt und wird die Untersuchung ergeben, ob der Verdächtete noch Mitschuldige hat.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

△ Breslau, 1. Juli. [Schwurgericht. Versuchter Brandstiftung. — Brandstiftung.] Versuchter schwerer Diebstahl. Der heut Bormittag 9 Uhr eröffneten ersten Sitzung der 7. Schwurgerichtsperiode präsidierte der mit der Leitung der Verhandlungen für diese Periode betraute Herr Stadtgerichtsrath Dehmann. Die Beisitzer bilden die Herren Stadtgerichtsrath Franzki, Stadtrichter Kuchendorff und die Gerichtsassessoren Lustig und Deutschemann. Vom 7. d. Ms. ab werden die Herren Franzki und Lustig durch die Herren Stadtgerichtsräthe Scholz und Töpfer abgelöst. — Von dem einberufenen 30 Geschworenen der Stadt Breslau an; von den Kreisen stellen Breslau, Dölls, Steinam. O., Trebnitz und Wohlau je 1 Geschworenen. — In heutiger Sitzung war die Staatsanwaltschaft durch Herrn Staatsanwalt Professor Dr. Fuchs vertreten, als Officialverteidiger fungirte Herr Referendar Friedberg.

Zur Verhandlung stehen zwei Anklagen. Der 20 Jahre alte Knecht Carl Keller aus Pöhlan, wegen groben Unfugs mit 10 M. Geldstrafe bestraft, wird der verüchten vorsätzlichen Brandstiftung beschuldigt.

Knechte bis zum 18. Februar d. J. bei dem Bauerngutsbesitzer August Krause zu Leuchten. An diesem Tage hatte er die Erlaubnis zum Besuch des Jahrmarkts in Dölls erhalten. Unstatt um 7 Uhr Abends, wie ihm befohlen war, langte er aber erst um 8½ Uhr bei seinem Dienstherrn an. Er verlangte sein Abendbrot. Krause erwiederte, er habe keins verdient und führte ihn zur Thür hinaus. Keller ging nach dem Pferdestall, sein Dienstherr folgte ihm dahin. Sogleich wandte sich der Knecht, bewaffnet mit zwei Dünnergabeln, gegen seinen Herrn. Krause trug einem zweiten Knecht, Namens Nowak, auf dem R. die Dünnergabeln zu entreißen. Nachdem dies geschehen, nahm Krause den Keller nach seiner Stube und schickte nach dem Gemeindevorsteher. Unter dem Vorgeben, seine Stiefel anziehen zu wollen, ging R. nochmals nach dem Pferdestall. Hier riß er die mit einer brennenden Petroleumlampe versehene Stallalterne herunter und mit den Worten: „heute noch muß der rohe Hahn krähen“ eilte er nach außen, nahm die Lampe herauf und streckte sie nach dem 6 Fuß hohen Schobendach. Sein College Nowak hatte diese Handlungswise bemerkt, er schlug ihm die brennende Lampe zur Erde, noch ehe der Angeklagte das Dach erreicht hatte. R. war hierüber so erzürnt, daß er die Laterne zur Erde warf, wodurch die Scheiben derselben zerbrachen. Das Wohnhaus, welches R. in Brand zu setzen verüchtigt, liegt an der Dorfstraße in Leuchten und steht im Zusammenhang mit einer Anzahl anderer, zur Wirthschaft gehörigen Gebäude. Die nächsten Bebauungen liegen kaum 20 Schritt entfernt. R. entschuldigt seine Handlungswise durch sinnlose Trunkenheit. Diese wird indeß durch die vernommenen Zeugen nicht bestätigt. Hierach war R. vor etwas angetrunken und dadurch erregt. Seine früheren Dienstherren geben dem R. durchweg ein schlechtes Zeugnis. Sie schildern ihn als einen dem Trunk ergebenen, robusten, aufbraulichen und jähzornigen Menschen.

Herr Staatsanwalt Professor Dr. Fuchs hält die Schulfrage für zweifellos feststehend. Der Einwand des Angeklagten, daß er in Unzurechnungsfähigkeit gehandelt, sei durch nichts erwiesen. Die Geschworenen erkennen auf Schuldig unter Verneinung der Frage der Unzurechnungsfähigkeit. Keller erhält gemäß dem Urtheil der Staatsanwaltschaft 1 Jahr Gefängnis und 2 Jahre Chorverlust.

Die zweite Anklage: „Versuchter, neuer schwerer Diebstahl“ richtet sich gegen die Arbeiter Robert Fräule und Rudolf Sommer vor hier. Franke, 31 Jahre alt, hat drei Diebstahlvorstöße, sämlich in Gefängnis bestehend. Sommer, 34 Jahre alt, ist optimal wegen Diebstahls, Unterstechung, vorsätzlicher Misshandlung, Hehlerei und Bannbruch bestraft. In den Jahren 1864 und 1870 erhielt er je 6 Jahre Zuchthaus nebst Chorstrafen für schwere Diebstähle. — Am Abend des 11. Februar d. J. fuhr der Butterhändler und Frachtführer Jänni mit seinem beladenen Frachtwagen auf der Ohlauerstraße hierher. Auf dem Trottoir, neben dem Wagen, ging die Frau Anna Pätzold, geb. Scholz, zusammen mit der unverheiratheten Kleinfrau.

An der Ecke des Christophoriplatzes sahen die beiden Frauen, daß der ihnen bekannte Franke hinter dem Wagen herging und anstieg an, der Blaue desselben zu zerren. Sommer ging nebenein. Die Kleinfrau bog an der Laubengasse nach rechts ab, Frau Pätzold dagegen beobachtete weiter den Wagen. An der Ohlauer-Stadtgrabenbrücke schritt Franke die Stufen der Blaue durch; hierauf ließ er einen Pfiff erlösen, sofort kam Sommer heran und sprang hinter auf den Wagen, mit der Hand in das Innere desselben langend. In diesem Augenblick sah Franke, daß sie beobachtet würden, schnell sprang Sommer herab. Beide eilten davon. Eine halbe Stunde später ging Frau Pätzold in Gesellschaft der unverheiratheten Kleinfrau die Ohlauerstraße entlang. Franke traf mit ihr zusammen und sagte zu ihr: „für heute wolle er sie noch einmal in Ruhe lassen, wenn sie aber ein Wort sage, so würde sie morgen eine Leiche sein.“ In der Haupthalle sind beide Angeklagte geständig, die Nebenumstände werden durch die Zeugen ausgesagt.

Die Geschworenen fallen gegen beide den Spruch auf, verneinen auch bei Franke die von der Vertheidigung gestellte Thätigkeit, die wegen mildernder Umstände. Die Strafe wird für Franke auf 1 Jahr, für Sommer auf 4 Jahre Zuchthaus, 2 Jahre Chorverlust und Polizeiaufsicht bemessen.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 1. Juli. [Vorze.] Die Vorze war zwar heute wiederum Trägerin eines recht festen Charakters, auch entwickelte die geschäftliche Thätigkeit in vereinzelten Fällen eine größere Aktivität; nichtsdestoweniger war doch für den ausserstaatlichen Beobachter leicht zu erkennen, daß in dem Grundzuge der Stimmung das zuversichtliche Vertrauen fehlte. Es wirkten heute mehrere Momente zusammen, die dem Geschäftsverkehr eine unregelmäßige Entwicklung gaben. Hierher müssen wir zuerst den Umstand zählen, daß heute von verschiedenen Industriepapieren der Dividencoupon für das beendete Geschäftsjahr abgetrennt wurde. Hierdurch wird natürlich die Fixierung der Course nicht unwesentlich erschwert. Auf dem Speculationsmarkt übten executive Decisions für eine kleinere Zahlungsstrohgarantie günstige Firma anfanglich einen Einfluß, da die Course hierdurch an Festigkeit gewannen. Österreichische Creditactien waren nicht ganz unbelebt. Die österr. Nebenbahnen wurden sehr lebhafit umgesetzt und trugen auch eine sehr feste Stimmung. Besondere Kauflust zeigte sich für Galizier, die nicht unbedeutend im Course anzogen. Auch für die lokalen Speculationsnoten dokumentierte sich eine feste Tendenz und gute Nachfrage, so daß die Notirungen wiederum Erhöhungen erfuhrten. Es notirten: Disconto-Commandit ultimo 130,25—131, Laurahütte ult. 77,75 bis 80,75. Weniger belebt zeigten sich die auswärtigen Staatsanleihen, die aber trotzdem sich gut behaupten konnten. Österreichische und Ungarische Renten sehr ruhig. Italiener und Türken ganz unbelebt. Russische Werthe änderten die letzten Notirungen nur unbedeutend, beobachteten sich indeß kaum am Verkehr. Sproc. Anleihe per ult. 83,75—84, Russ. Noten per ult. 210,75—210,25. Preußische und andere deutsche Staatspapiere uns belebt, aber fest. In Eisenbahn-Prioritäten fand dagegen ein recht reger Verkehr statt; von einheimischen waren besonders garantirte sehr beliebt und wurden für diese auch höhere Preise angelegt. Auf dem Eisenbahnmarkte entwidmete sich ein ziemlich reges Geschäft und konnten die Course meist höher notirt werden. Hannover-Altenberner beliebt. Halles-Sorauer steigend. Ostpreuß. Südbahn und Brest-Grajew zu höheren Course begeht. Berlin-Dresd. lebhafit und höher. Rumänen weniger Beachtung. Bank-Aktionen fest und ziemlich lebhafit. Deutsche Bank zog wiederum bei grossem Verkehr im Course an. Darmstädt ansteigend. Preuß. Bodencredit höher. Schaffhausen sehr belebt und steigend. Meininger Bank besser. Leipzig-Creditbank, Spielbagen, Sachsische Bank und Cäcilie-Creditbank erhöhten bei lebhafter Geschäftsfähigkeit die Notirungen. Braunsch. Hypothekenbank und Geraer Creditbank waren ebenso höher zur Notiz. Schles. Bankverein und Berliner Handelsgesellschaft beliebt. Industriepapiere im Allgemeinen steigend, Brauerei-Aktionen sehr beliebt, Egels Maschinenfabrik etwas gedreist, Österreichische Eisenbahndebit steigend, Leopoldshall ging zu höherem Course hin, hörderhütte ansteigend, Louise Liebau erhöhte sehr bedeutend die Notiz.

Um 2½ Uhr: Credit 441, Lombarden 134,50, Franzosen 454, Reichsbank 154,30, Disconto-Commandit 131,75, Laurahütte 80,10, Türk. 15,90, Italiener 75,75, Österr. Goldrente 64,70, do. Silberrente 57,60, do. Papierrente 55,75, 5 proc. Russen 83,87, Köln-Mindener 108,25, Rheinische 110,75, Bergische 76, Rumänen 37, Russ. Noten 210,25.

Die Coupon-Course sind heut nicht eingetroffen.

Hamburg, 1. Juli. [Bei der heutigen Serienziehung der Hamburger 100 M. Bco.-Loose] von 1846 wurden folgende Serien gezogen:

Fonds- und Gold-Course.	
Deutsche Reichs-Anl.	95,90 bz
Consolidierte Anleihe.	100,00 bz
do. do. 1876	99,90 bz
Staats-Anleihe.	26,20 bzG
Staats-Schuldscheine.	92,40 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	142,00 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	102,10 bzG
Barlinsche.	101,70 bzG
Pommersche.	83,49 bz
do. do.	95,10 bz
do. do.	102,20 bz
Posenische neuw.	95,00 G
Schlesische.	94,80 bz
Landschaft Central.	96,00 bz
Kur. u. Neumarkt.	96,25 bz
Posenische.	95,95 bz
Preussische.	95,39 bz
Westfäl. u. Rhein.	97,70 B
Sächsische.	96,50 bz
Sächsische.	96,00 bz
Badische Präm.-Anl.	120,00 ethB
Baiorische 40% Anleihe	121,60 bzG
Coln-Mind. Pfennisch.	111,75 bzG
Sächs. Rente von 1876	72,90 bz
Kurh. 40 Thaler-Loose	239,90 bz
Baiatische 35 FL-Loose	140,00 B
Ebrausche Präm.-Anleihe	83,40 bz
Oldenburger Loose	135,00 bz
Ducates 9,55 ethB	Dollars 4,17 ethB
Oest. Eka.	17,75 B
Esopole 16,23 bz	do. Silberg. 17,65 B
Emperials —	Russ. Eka. 200,80 Bz

Wechsel-Course.

Amsterdam	100 FL
do. do.	100 FL
London	1 Lstr.
Paris	190 Frs.
Petersburg	100 SB.
Warschau	100 SB.
Wien	100 FL
do. do.	100 FL

Eisenbahn-Stamm-Aktionen

Divid. pro	1876	1877	Zf.
Aachen-Maastricht.	1/4	4	17,50 bzG
Berg.-Märkische.	28/9	31/3	7,50 bz
Berlin-Anhalt.	6	5/4	89,99 bz
Berlin-Dresden.	8	4	13,60 bzG
Berlin-Görlitz.	9	5	20,00 bzG
Berlin-Hamburg.	11	11/2	18,90 bzG
Beri.-Potsd.-Magde.	31/3	4	7,50 bzG
Berlin-Stettin.	39/1	7/10	16,90 bzG
Böhmen.	5	5	7,50 bzG
Breslau-Freile.	5	24/4	58,75-60,25 bzG
Cöln-Minden.	51/2	4	107,75 bzG
Dux-Bodenbach.	7	9	15,30 bzG
Gal.-Carl-Ludw.-B.	7	9	11,00 bzG
Halle-Sorau-Gub.	9	6	2,50 bzG
Hannover-Altenb.	9	6	10,50 bzG
Kaschau-Oderberg.	4	5	48,00 bzB
Kronpr. Rudolfs.	5	5	54,00 bzG
Ludwigs.-Borb.	8	9	18,50 bzG
Märk.-Posener.	8	4	21,00 bzG
Märk.-Halberst.	5	8	122,00 bz
Mainz-Ludwigs.	5	5	7,20 ethB
Niederschl.-Mark.	4	4	89,75 bzB
Oberschl.-A.C.D.E.	29/2	31/2	129,00 bz
do. B...	62/2	31/2	120,50 bz
Oester.-Fr. St. E.	65/2	4	45,50-50,00
Oest. Nordwestb.	5	4,15	5 198,50 bzG
Oest. Süd. (Lomb.)	5	4	134,50-140,00
Ostpreus. Südb.	9	6	68,00 bzG
Rechthe.-O.-U.-B.	29/2	61/3	16,00 bz
Reichenberg-Pard.	41/2	4	3,75 bzG
Rheinische.	7	4	11,25 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	93,16 G
Rhein-Nahe-Bahn.	2	6	8,00 ethB
Rümän. Eisenbahn.	1	2	33,90-33,70 bzB
Schweiz Westbahn.	9	6	15,10 bzG
Stargard - Posener.	42/2	4	100,50 bz
Thüringer Lit. A.	57/2	4	115,00 bzG
Warschau-Wien.	57/2	5	4 124,00 bz

Eisenbahn-Stamm-Friktion-Aktionen.			
Berlin-Dresden.	0	0	21,25 bzG
Berlin-Görlitz.	0	6	45,50 bzG
Breslau-Warschau.	0	6	21,00 G
Halle-Sorau-Gub.	0	5	33,10 bz
Hannover-Altenb.	0	5	23,25 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	5	18,50 bzG
Märkisch - Posener.	39/4	49/4	84,25 bzG
Märk.-Halberst.	5	8	122,00 bz
Mähr.-Ludwigs.	5	5	7,20 ethB
Ostpreus. Südb.	5	5	166,00 bz
Reichenberg-Pard.	41/2	4	3,75 bzG
Rhein-Nahe-Bahn.	2	6	8,00 ethB
Rümän. Eisenbahn.	1	2	33,90-33,70 bzB
Schweiz Westbahn.	9	6	15,10 bzG
Stargard - Posener.	42/2	4	100,50 bz
Thüringer Lit. A.	57/2	4	115,00 bzG
Warschau-Wien.	57/2	5	4 124,00 bz

Ausländische Fonds.

Gest. Silber-B. (1/1, 1/1, 1/1)	57,60 bzG
Goldrente.	64,90 bzG
do. Papierrente.	59,30 bz
do. St. Präm.-Anl.	1/1, 1/1, 1/1 etozG
do. Lott.-Anl. v. 60.	1/1, 1/1, 1/1 etozG
do. Credit-Loane.	fr.
do. 6ter Loone.	fr.
Gest. Präm.-Anl. v. 64.	157,50 bz
do. do. 1866	156,10 bzG
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	75,00 br B
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdbr.	74,50 G
Gest.-Poin. Schatz-Obl.	78,56 ethB
Pols. Pfandbr. III. Em.	57,60 br
Pols. Liquid.-Pfandbr.	104,73 G
Amerik. ricks. p. 1881	99,70 G
do. do. 1885	103,25 bzG
do. 50% Anleihe	75,90 bzG
Gat. neue 50% Anleihe	103,08 bz
Katal. Bad.-Oberl.-G.	72,00 G
Naab.-Grazer 100 Thlr.	1
Ruman. Anleihe.	3 fehlen.
Türkische Anleihe.	15,30 bz
Ungar. Goldrente.	80,10 bz
Ung. St. Elsan.-Anl.	74,75 bz
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Finnische 10 Thlr.-Loose	33,60 bzB
Württemb.-Loose	46,00 bzG

Bank-Papiere.

Alg. Deut. Hand.-G.	2	4	32,50 G
Anglo-Deutsche Bk.	0	4	32,10 G
Berl. Kassens.-Ver.	107/12	86/12	147,00 B
Berl. Handels-Ges.	6	6	89,00 bzG
Brl. Prfd.-u. Hdsle.-B.	6	6	81,50 B
Braunschw. Bank.	5	3	83,93 bzG
Bresl. Disc.-Bank.	4	3	60,00 G
Br. Wechslerb.	58/10	51/4	69,75 bzG
Coburg. Cred.-Bnk.	41/2	4	71,75 bz
Danziger Priv.-B.	7	6	107,00 ethB
Darmst. Creditbhl.	53/4	4	119,00 bzB
Darmst. Zetlitzb.	51/4	4	88,50 ethB
Do. B.-Cred.-Pfdbr.	5	5	107,25 bzG
Do. Cred.-Ost.-Cr.-G.	5	5	134,00 bzG
Do. Elster.-Cred.-Pfdbr.	5	5	120,50 bzG
Do. Lit. C.	5	5	125,00 bzG
Ostr. Süd. Bahn.	61/2	6	93,90 bzB
Rechte.-O.-U.-B.	63/2	6	110,75 bzG
Rumäni.	5	5	85,25 bz
Saal.-Bahn.	0	6	16,40 G
Weimar-Gera.	0	6	16,25 bzG

In Liquidation.

Berliner Baak.	—	fr.	8,00 G
Berl. Bankverein.	—	fr.	27 G
Berl. Wechsler-B.	—	fr.	11 G
Centralb. f. Genoa.	—	fr.	19,00 G
Deutsche Unioneb.	—	fr.	19,00 G
Gwb. Schuster. C.	—	fr.	10 G
Moldauer Lds.-Bk.	—	fr.	—
Ostdeutsche Bank.	—	fr.	—
Pr. Credit-Antalt.	—	fr.	—
Pr. Cent.-Brd.-Crd.	91/2	4	117,00 bzG
Pr. Cred.-u. Co.	59/4	4	105,80 G
Schl. Bank-Verein.	5	6	83,00 bzG
Weimar. Bank.	121/4	6	38,50 bzG

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Rd.-A.	0	fr.	570 B

<tbl_r cells="4" ix="3" maxcspan